

Fragen

für die Fragestunde der 56. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 8. Oktober 2014

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amtsberg, Luise (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	9, 10	Krischer, Oliver (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	61, 62
Baerbock, Annalena (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	46, 47	Leidig, Sabine (DIE LINKE.)	43, 44
Beck, Volker (Köln) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	8	Lemke, Steffi (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	45
Behrens, Herbert (DIE LINKE.)	39, 40	Dr. Lindner, Tobias (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	26, 27
Brugger, Agnieszka (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	30, 31	Meiwald, Peter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	48, 49
Dağdelen, Sevim (DIE LINKE.)	4, 5	Movassat, Niema (DIE LINKE.)	54
Ebner, Harald (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	22, 23	Nouripour, Omid (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	33, 34
Gehring, Kai (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) ..	53	Ostendorff, Friedrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	24, 25
Hänsel, Heike (DIE LINKE.)	2, 3	Paus, Lisa (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	15
Dr. Hahn, André (DIE LINKE.)	56, 57	Pitterle, Richard (DIE LINKE.)	13, 14
Haßelmann, Britta (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	32, 55	Renner, Martina (DIE LINKE.)	6
Höhn, Bärbel (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	20, 21	Rößner, Tabea (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	41, 42
Hunko, Andrej (DIE LINKE.)	7, 37	Dr. Schmidt, Frithjof (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	28, 29
Karawanskij, Susanna (DIE LINKE.)	16, 17	Dr. Troost, Axel (DIE LINKE.)	11, 12
Kekeritz, Uwe (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	35, 36	Dr. Verlinden, Julia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	50, 60
Keul, Katja (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) .	1, 38	Zdebel, Hubertus (DIE LINKE.)	58, 59
Kotting-Uhl, Sylvia (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	51, 52	Zimmermann, Sabine (Zwickau) (DIE LINKE.)	18, 19

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	4
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales ..	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft	7
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	9
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung	14
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	14
Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und des Bundeskanzleramtes	15
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie	15

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

1. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN) Welche Konsequenzen wird die Bundesregierung ziehen, falls sich die Türkei ohne Mandat des VN-Sicherheitsrates mit Bodentruppen militärisch in Syrien engagieren sollte, und welche Auswirkungen wird das auf die deutsche Beteiligung an der NATO-Operation „Active Fence“ haben?

2. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.) Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus der Entscheidung des türkischen Parlaments für Militäreinsätze in Syrien und Irak, und welche rechtlichen und politischen Konsequenzen hat diese Entscheidung für die in der Türkei stationierten Bundeswehrsoldaten?

3. Abgeordnete
Heike Hänsel
(DIE LINKE.) Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Verhältnis zwischen der türkischen Regierung und dem so genannten Islamischen Staat (IS), und in welcher Weise hilft die Bundesregierung der in der nordsyrischen Region Rojava, insbesondere der Stadt Kobane, von dem IS angegriffenen Bevölkerung?

4. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Inwieweit ist nach Kenntnis der Bundesregierung der Beschluss des türkischen Parlaments vom 2. Oktober 2014, der unter anderem die Einrichtung von Sicherheitszonen für die Flüchtlinge auf irakischem und syrischem Territorium, Flugverbotszonen entlang der Grenzen sowie die Vollmacht für die türkische Armee zu grenzübergreifenden Einsätzen und Interventionen in anderen Ländern beinhaltet (www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-gegen-islamischen-staat-parlament-gestattet-kriegseintritt-a-995060.html), zur vermeintlichen Bekämpfung der IS vor dem Hintergrund fragwürdig, dass IS-Kämpfer nach wie vor ohne Ver- bzw. Behinderung durch türkische Soldaten die türkisch-syrische Grenze passieren können (www.ibtimes.com/fight-against-isis-us-needs-turkey-stop-flow-money-supplies-foreign-fighters-1688282)?

5. Abgeordnete
Sevim Dağdelen
(DIE LINKE.) Inwieweit hat die Bundesregierung ihre Planungen für einen Einsatz der Bundeswehr bei der Operation „Active Fence“ angesichts des Beschlusses des türkischen Parlaments vom 2. Oktober 2014, der unter anderem die Einrichtung von Sicherheitszonen

für die Flüchtlinge auf irakischem und syrischem Territorium, Flugverbotszonen entlang der Grenzen sowie die Vollmacht für die türkische Armee zu grenzübergreifenden Einsätzen und Interventionen in anderen Ländern beinhaltet (www.spiegel.de/politik/ausland/tuerkei-gegen-islamischen-staat-parlament-gestattet-kriegseintritt-a-995060.html) geändert, und welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus diesem Beschluss des türkischen Parlaments?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

6. Abgeordnete
Martina Renner
(DIE LINKE.)

Wann haben der derzeitige Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) Dr. Hans-Georg Maaßen und sein Vorgänger im Amt, Heinz Fromm, das erste Mal davon erfahren, dass ein V-Mann-Führer des BfV-V-Mannes „Corelli“ von diesem einen Datenträger mit dem Kürzel NSDAP/NSU erhalten hatte?
7. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)

Was ist dem Bundesministerium des Innern darüber bekannt, auf welche konkrete Art und Weise sich Polizeien des Bundes und – soweit der Bundesregierung durch eigene Erkenntnisse oder durch den Inspekteur der Bereitschaftspolizeien der Länder bekannt – auch der Länder auf die europaweite Polizeioperation „Mos Maiorum“ zum Aufspüren unerwünschter Migrantinnen bzw. Migranten vorbereiten (bitte hierfür Schwerpunktfahndungsmaßnahmen, eingesetzte Kräfte auch des Regeldienstes sowie besonderes Material aufführen), und was ist der Bundesregierung darüber bekannt, auf welche konkrete Art und Weise die EU-Agenturen Europol und Frontex an „Mos Maiorum“ beteiligt sind (bitte soweit möglich auch entsprechende Orte angeben)?
8. Abgeordneter
Volker Beck
(Köln)
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Wie viele gewaltbereite Islamisten (mit tatsächengestütztem Terrorverdacht) konnten mit Billigung bzw. Zutun von Behörden des Bundes bzw. nach Kenntnis der Bundesregierung von Behörden der Länder seit 2009 (bitte nach Jahren aufschlüsseln) aus Deutschland ausreisen (vgl. ARD-Magazin Monitor vom 2. Oktober 2014), und inwiefern (wann und in welcher Form) hat die Bundesregierung den Deutschen Bundestag über eine entspre-

chende Beschlusslage der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder, die die Billigung solcher Ausreisen vorsah, informiert?

9. Abgeordnete
**Luise
Amtsberg**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Was soll nach Kenntnis der Bundesregierung der Aufgabenbereich (unter Angabe der Budgethöhe) der geplanten Frontex-Operation „Triton“ sein, und mit welcher Begründung setzt sich die Bundesregierung beim anstehenden EU-Innenministerrat am 9. Oktober 2014 nicht für eine europäische Unterstützung der italienischen Marineoperation „Mare Nostrum“ auch außerhalb italienischen Hoheitsgewässers ein, die im vergangenen Jahr auf hoher See 100 000 Menschen gerettet hat (Schreiben des Bundesministers des Innern, Dr. Thomas de Mazière, vom 1. September 2014 an die EU-Kommissarin Cecilia Malmström)?

10. Abgeordnete
**Luise
Amtsberg**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Welche sind nach Kenntnis der Bundesregierung die unterschiedlichen Maßnahmen, die von der Europäischen Kommission und den Mitgliedstaaten im Vorfeld des EU-Innenministertreffens am 9. Oktober 2014 vorgeschlagen wurden, um künftig ein faires und solidarisches System zur Aufnahme von Schutzsuchenden in die EU zu gewährleisten, und wie beurteilt die Bundesregierung die von der EU-Ratspräsidentschaft als Ausgleichsmaßnahme vorgeschlagene Intensivierung der Familienzusammenführung und des Selbsteintrittsrechts im Rahmen der Dublin-III-Verordnung?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

11. Abgeordneter
**Dr. Axel
Troost**
(DIE LINKE.)

Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Anzahl der zu vergebenden Wirtschaftsidentifikationsnummern, auch infolge der geplanten Änderungen durch das Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften, und in welcher Höhe fallen hierdurch Bürokratiekosten bei der Verwaltung an?

12. Abgeordneter
Dr. Axel Troost
(DIE LINKE.)
- Inwieweit setzt sich die Bundesregierung im Rahmen der aktuellen Beratungen zu den föderalen Finanzbeziehungen dafür ein, das komplexe System der Gewerbesteuerumlage im Rahmen des Finanzausgleichs abzuschaffen, und inwieweit sieht die Bundesregierung für Zeiträume nach dem Jahr 2019 weiterhin die Notwendigkeit von allgemeinen Bundesergänzungszuweisungen?
13. Abgeordneter
Richard Pitterle
(DIE LINKE.)
- Wird die Bundesregierung die beiden Urteile des Bundesfinanzhofes (VI R 94/10, VI R 7/11) zur Prüfung der 110-Euro-Freigrenze bei Betriebsveranstaltungen noch im Jahr 2014 zur allgemeinen Anwendung erklären, da die beabsichtigten gesetzlichen Änderungen in diesem Bereich durch das Gesetz zur Anpassung der Abgabenordnung an den Zollkodex der Union und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften erst ab dem Jahr 2015 gelten sollen, und inwieweit wirkt sich die Freigrenze auf die Bemessungsgrundlagen in den gesetzlichen Sozialversicherungen aus?
14. Abgeordneter
Richard Pitterle
(DIE LINKE.)
- Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, die steuerlichen Aufgabengebiete des Zolls zu erweitern, und teilt sie die Auffassung, dass der Zoll durch das bestehende steuerliche Aufgabenspektrum bereits jetzt faktisch die Position einer allgemeinen Bundessteuerbehörde einnimmt?
15. Abgeordnete
Lisa Paus
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Inwieweit teilt die Bundesregierung das Ergebnis der Analyse, dass das Aufkommen aus der Kfz-Steuer um 240 Mio. Euro niedriger ist, weil die als Berechnungsgrundlage herangezogenen Werte für CO₂-Emissionen niedriger sind als die realen Emissionen (siehe „3,8 Liter? Nie im Leben!“, ZEIT ONLINE vom 28. September 2014), und inwieweit plant die Bundesregierung, auf die Entwicklung, nach der reale und offizielle Kraftstoffverbräuche immer stärker voneinander abweichen, zu reagieren, um das Aufkommen bei der Kfz-Steuer zu sichern?
16. Abgeordnete
Susanna Karawanskij
(DIE LINKE.)
- Welche Pläne verfolgt die Bundesregierung hinsichtlich der gesetzlichen Verankerung einer Regelung zur Pauschalbesteuerung von Prostituierten, und welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über das Ausmaß von hinterzogenen Steuern im Bereich der Besteuerung von sexuellen Dienstleistungen?

17. Abgeordnete
**Susanna
Karawanskij**
(DIE LINKE.)
- Inwieweit finden die Rechtsfolgen der Aufdeckung von stillen Reserven nach § 50i des Einkommensteuergesetzes (EStG) auch dann Anwendung, wenn keine im Doppelbesteuerungsabkommen-Ausland ansässigen Gesellschafter vorliegen, und inwieweit finden die Rechtsfolgen der Aufdeckung von stillen Reserven auch dann Anwendung, wenn Umstrukturierungen nach § 50i Absatz 2 EStG vorgenommen werden und Deutschland das Besteuerungsrecht weiterhin behält?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

18. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Inwiefern ist die Bundesregierung bisher im Zusammenhang mit der bevorstehenden Mindestlohneinführung im Taxigewerbe auf die Krankenkassen zugegangen, mit dem Ziel, einen Gutteil der Mehreinnahmen, die Krankenkassen durch den Mindestlohn erzielen, bei den Krankenfahrten an das Taxigewerbe weiterzugeben, und in welchem Ausmaß bestreitet derzeit das Taxigewerbe seinen Umsatz durch Krankenfahrten (bitte absolute Zahlen in Euro und den Anteil des Umsatzes angeben)?
19. Abgeordnete
**Sabine
Zimmermann**
(Zwickau)
(DIE LINKE.)
- Welche verbindlichen Verabredungen bzw. untergesetzlichen Regelungen sind gegebenenfalls mit den Krankenkassen dazu getroffen worden, und wie hoch sind nach Kenntnis der Bundesregierung die zu erwartenden Beträge, die das Taxigewerbe bei der Einführung des Mindestlohns unterstützen können?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft

20. Abgeordnete
**Bärbel
Höhn**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Summen sind bislang im Rahmen der WTO-Vereinbarung (WTO – Welthandelsorganisation) zur Aufrechterhaltung des Importverbots der EU von „Hormonfleisch“ geflossen, und wie beurteilt die Bundesregierung diese Zahlungen aus Steuergeldern zur Aufrechterhaltung eines selbstverständlichen Verbraucherschutzstandards?

21. Abgeordnete
Bärbel Höhn
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Ist das Biotechnologiekapitel des vorliegenden EU-Kanada-Freihandelsabkommens CETA, in dem unter anderem eine Zusammenarbeit mit dem Ziel einer „low level presence“ vereinbart wird, für das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft in der vorliegenden Form zustimmungsfähig, insbesondere vor dem Hintergrund, dass laut dem Bundesminister Christian Schmidt die Nulltoleranz „zu unserem Besitzstand, den wir nicht aufweichen werden“ (Agra-Europe vom 26. September 2014) gehört, und wie bewertet die Bundesregierung vor dem Hintergrund der Bekenntnisse des Bundesministers Christian Schmidt zum Verzicht auf die Chlorbehandlung von Geflügel (ebenda) den Vorstoß des Bundesinstituts für Risikobewertung, welches diese Methode für unbedenklich, wenn nicht gar wünschenswert hält (www.spiegel.de/gesundheit/diagnose/chlorhuehnchen-ist-laut-bfr-und-efsa-nicht-gesundheitsschaedlich-a-974342.html)?
22. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Auf welche Informationsquellen bezieht sich der Bundesminister Christian Schmidt bei seiner in der Ausgabe von Agra-Europe vom 26. September 2014 wiedergegebenen Aussage, wonach „die Vertragsparteien selbst über Gleichwertigkeit von Standards entscheiden, wenn Produkte auf ihren Markt gelangen sollen“, und wäre eine solche Regelung nach Ansicht der Bundesregierung vereinbar mit dem Hauptziel der Freihandelsabkommen TTIP und CETA, durch den Abbau nichttarifärer Handelshemmnisse einen garantierten und unbeschränkten Zugang zum Markt des Handelspartners sicherzustellen?
23. Abgeordneter
Harald Ebner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Klarstellungen im Kapitel zu sanitären und phytosanitären Maßnahmen hat die Bundesregierung laut der Aussage des Bundesministers Christian Schmidt (vgl. Agra-Europe vom 26. September 2014) von der Europäischen Kommission verlangt, und aus welchen Informationen schließt die Bundesregierung, dass diesen Forderungen Rechnung getragen worden sei?
24. Abgeordneter
Friedrich Ostendorff
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch würden die zusätzlichen finanziellen Belastungen im Einzelplan 10 des Bundeshaushalts für die Zuschüsse zur Alterssicherung der Landwirte ausfallen, wenn die Hofabgabeklausel abgeschafft würde und die den Landwirten zustehenden Rentenansprüche realisiert würden?

25. Abgeordneter
**Friedrich
Ostendorff**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Maßnahmen zur Stabilisierung des Milchpreises und zum Schutz bäuerlicher Milcherzeuger beabsichtigt die Bundesregierung angesichts des schlecht laufenden Absatzes in China und der rasant anwachsenden weltweiten Erzeugung zu treffen (vgl. Agra-Europe vom 24. September 2014)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

26. Abgeordneter
**Dr. Tobias
Lindner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Möglichkeiten bestehen derzeit im Einzelplan 14, Beschaffungsvorhaben vorzuhalten, die ausgelöst werden können, wenn es zu Minderabflüssen bei primär eingeplanten Vorhaben kommt und somit unterjährig Mittel frei werden?
27. Abgeordneter
**Dr. Tobias
Lindner**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Ergebnisse hat die Überprüfung der Rüstungsvorhaben und -prozesse des Bundesministeriums der Verteidigung (BMVg) durch eine externe Beratungsfirma in diesem Jahr ergeben?
28. Abgeordneter
**Dr. Frithjof
Schmidt**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht das BMVg aus den Problemen beim Materialerhalt der Geräte der Bundeswehr im Allgemeinen und den Ausfällen von Transall-Flugzeugen und Sea-Lynx-Hubschraubern im Speziellen?
29. Abgeordneter
**Dr. Frithjof
Schmidt**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche konkreten Handlungsschritte leitet das BMVg aus dem Bericht, den die KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft über die Rüstungsvorhaben und -prozesse der Bundeswehr vorgelegt hat, ab?
30. Abgeordnete
**Agneszka
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wann wurden die Staatssekretärin Dr. Katrin Suder sowie die Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen schriftlich über die Materiallage informiert, und wann wurde die entsprechende Vorlage von diesen abgezeichnet?

31. Abgeordnete
**Agnieszka
Brugger**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie viele Anfragen im Bereich der Bereitstellung von Fähigkeiten seitens der UN, EU oder NATO hat die Bundesregierung negativ beantwortet, und bei wie vielen Fällen war die fehlende Einsatzfähigkeit des angefragten Materials ein Grund für eine solche Entscheidung?
32. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche politischen Konsequenzen zieht die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel aus den bekannt gewordenen Mängeln im Materialbestand der Bundeswehr und den damit verbundenen möglichen Management- und Organisationsdefiziten im BMVg?
33. Abgeordneter
**Omid
Nouripour**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie steht die Bundesregierung zur Empfehlung der Strukturkommission der Bundeswehr (Weise-Kommission), die Beschaffungsorganisationen der Bundeswehr (jetzt Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr – BAAINBw) in eine unabhängige Agentur für Beschaffungswesen umzuwandeln?
34. Abgeordneter
**Omid
Nouripour**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie bewertet die Bundesregierung die Aussage der Bundesministerin der Verteidigung Dr. Ursula von der Leyen in der „BILD am Sonntag“, dass „[d]er Ausbau der Materiallager, schnellere Instandsetzung und die Beschaffung von besserem Material [...] mittelfristig mehr Geld kosten. Das wird sich absehbar auch im Etat niederschlagen.“ (SPIEGEL ONLINE vom 30. September 2014)?
35. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie sind in der Bundeswehr die Begriffe bzw. Kategorien „Buchbestand“, „Verfügungsbestand“, „für Ausbildung/Übung/Einsatz verfügbar“, „materiell einsatzfähig“, „bedingt materiell einsatzfähig“, „nicht materiell einsatzfähig“ mit Blick auf die Hauptwaffensysteme der Bundeswehr definiert?
36. Abgeordneter
**Uwe
Kekeritz**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchen Intervallen wird die Materiallage für Hauptwaffensysteme der Bundeswehr aktualisiert, und inwiefern liegt diese im BMVg vor?

37. Abgeordneter
Andrej Hunko
(DIE LINKE.)
- Wo sollen nach derzeitigem Stand in der Ukraine eingesetzte Drohnen der Bundeswehr (LUNA, Heron oder sonstige Typen) gesteuert und geflogen werden (bitte hierfür die Typen und die Anzahl der Drohnen für die einzelnen Standorte angeben), und auf welche Art und Weise sind auch Rüstungskonzerne in die Ukraine-Mission eingebunden, etwa zum Starten und Landen oder zur Wartung der Drohnen bzw. zur Vorbereitung einer entsprechenden Mission?
38. Abgeordnete
Katja Keul
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Was sind die Gründe für die absehbaren Mehrkosten in Höhe von 255 Mio. Euro für den Abschluss der Entwicklung des ISIS-Systems (vgl. die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Frage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Bundestagsdrucksache 18/2729), und stehen diesen Mehrkosten etwaige Schadensersatzansprüche gegen die mit dem Projekt betrauten Unternehmen entgegen, die das BMVg auch geltend machen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur

39. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Mit welcher Begründung soll im Rahmen der Einführung einer Pkw-Maut in Deutschland nur die Nutzung von Bundesautobahnen und Bundesstraßen entgeltpflichtig werden („Ein bisschen Maut – kein bisschen Streit“, www.tagesschau.de vom 21. September 2014), und welche Verlagerungseffekte auf das nachgeordnete Straßennetz sind nach Kenntnis der Bundesregierung aufgrund dieser Tatsache zu erwarten (bitte ggf. in Auftrag gegebene oder bekannte Studien benennen)?
40. Abgeordneter
Herbert Behrens
(DIE LINKE.)
- Soll die Einhaltung der Mautpflicht angesichts der geplanten unentgeltlichen Nutzung des nachgeordneten Straßenverkehrsnetzes nur auf Bundesautobahnen sowie Bundesstraßen kontrolliert werden, und sieht die Bundesregierung nunmehr vor, dass Kfz-Halterinnen und -Halter, welche ihren Pkw in Deutschland zugelassen haben und nur selten (oder gar nicht) in der Baulast des Bundes befindliche Straßen nutzen, auch Kurzzeitvignetten erwerben können, wie es Halterinnen und Haltern von im Ausland zugelassenen Pkw ermöglicht wird (bitte jeweils begründen)?

41. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Handelt es sich bei den Einnahmen durch die Frequenzversteigerung, die in die Förderung des Breitbandausbaus gehen sollen, um eine Zweckbindung, und wie beurteilt die Bundesregierung diese?
42. Abgeordnete
Tabea Rößner
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wie hoch schätzt die Bundesregierung die Entschädigungen für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die Mikrofonanlagennutzer sowie die knapp 4 Millionen privaten Haushalte, die ihre Endgeräte wegen der Umstellung von DVB-T auf DVB-T2 nicht mehr nutzen können?
43. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)
- Welche erweiterten Kontrollrechte wird der Bundesrechnungshof gemäß dem Entwurf der neuen Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung zwischen der Bundesregierung und der Deutschen Bahn AG erhalten, und inwiefern sind verstärkte Kontrollen durch das Eisenbahn-Bundesamt vorgesehen?
44. Abgeordnete
Sabine Leidig
(DIE LINKE.)
- In welcher Höhe soll die für das Jahr 2015 erwartete Dividendenzahlung der Deutschen Bahn AG in Höhe von 700 Mio. Euro, die erstmals im Einzelplan 12 veranschlagt ist, für die Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung verwendet werden, und wofür sollen ggf. die darüber hinausgehenden Einnahmen konkret verwendet werden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

45. Abgeordnete
Steffi Lemke
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Studie des World Wide Fund for Nature (WWF) „Living Planet Report 2014“ über den weltweiten Ressourcenraub, wonach 50 Prozent mehr Ressourcen pro Jahr durch Menschen verbraucht werden als die Erde im gleichen Zeitraum erneuern kann?

46. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Unternimmt die Bundesregierung, allen voran das Bundeskanzleramt, derzeit im Vorfeld des Europäischen Rates im Zusammenhang mit der Festlegung der europäischen Energie- und Klimaziele für das Jahr 2030 besondere Aktivitäten, um ein schwaches Ergebnis auf jeden Fall zu verhindern, und wenn ja, wie sehen diese besonderen Aktivitäten aus?
47. Abgeordnete
Annalena Baerbock
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird Deutschland beim Europäischen Rat in Brüssel bei einer Festlegung der europäischen Klima- und Energieziele eine Entscheidung mittragen, die hinter den Kommissionsvorschlag zurückfällt, bzw. kann die Bundesregierung dies mit Sicherheit ausschließen?
48. Abgeordneter
Peter Meiwald
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Geht die Bundesregierung mit konkreten zusätzlichen Angeboten in die Verhandlungen zum Europäischen Rat hinsichtlich der Festlegung der entsprechenden Energie- und Klimaziele für 2030, und wenn ja, welche sind das?
49. Abgeordneter
Peter Meiwald
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Teilt die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit die von der Bundesministerin für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit, Dr. Barbara Hendricks, am 28. April 2014 vorgelegte Analyse, wonach ohne zusätzliche Maßnahmen die Treibhausgasemissionen in Deutschland bis 2020 um 33 Prozent unter das Niveau von 1990 sinken werden und somit das nationale Ziel von 40 Prozent verfehlt würde?
50. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Wird der für November 2014 angekündigte Kabinettsbeschluss zum Aktionsprogramm Klimaschutz 2020 nach Kenntnis des Bundeskanzleramtes die notwendigen Maßnahmen beinhalten, um die „Klimalücke“ (Diskrepanz zwischen 40-Prozent-Ziel und Prognose von 33 Prozent) zu schließen, die es laut der Analyse des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (April 2014) ohne zusätzliche Maßnahmen geben wird?
51. Abgeordnete
Sylvia Kötting-Uhl
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Plant die Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel, beim Europäischen Rat im Oktober 2014 in Zusammenhang mit einer Festlegung der europäischen Klima- und Energieziele für das Jahr 2030 ggf. eine Zustimmung Deutschlands zu verweigern bzw. ein Veto einzulegen, um einen unzureichenden Beschluss in dieser Sache zu verhindern?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

52. Abgeordnete
**Sylvia
Kotting-Uhl**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Kann die Bundesregierung ausschließen – für den Fall eines geplanten US-Exports der hochradioaktiven Brennelemente aus dem Reaktor AVR Jülich –, dass eine Verwertung des Kernbrennstoffs (wie etwa eine Wiederaufbereitung) für zivile Zwecke in den USA stattfindet, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung, wenn nicht ausgeschlossen werden kann, dass der Kernbrennstoff wiederaufbereitet wird?
53. Abgeordneter
**Kai
Gehring**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus den Befunden der Prognos-Studie „Wissenschaftliche Untersuchung und Analyse der Auswirkungen der Einführung von Projektpauschalen in die BMBF-Forschungsförderung auf die Hochschulen in Deutschland“, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) in Auftrag gegeben hat und die seit Mitte August 2014 vorliegt, wonach die Forderung der Bundesregierung ungerechtfertigt sei, dass die Länder in die direkte Mitfinanzierung der Programmpauschale einsteigen, da die Länder schon jetzt den weit überwiegenden Teil der Projektkosten bezahlen (siehe FAZ vom 1. Oktober 2014 „Eine Existenzfrage“)?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

54. Abgeordneter
**Niema
Movassat**
(DIE LINKE.)
- Welche Schlussfolgerungen zieht die Bundesregierung aus den Vorwürfen um die Personalklage von G. H. im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, wonach der Bundesminister Dr. Gerd Müller in seinem Haus ein Klima der Willkür und Angst schaffe und beispielsweise eine leitende Position ohne Ausschreibung vergeben habe, während eine bereits eingeleitete Beförderung verweigert worden sei (siehe stern, 25. September 2014)?

**Geschäftsbereich der Bundeskanzlerin und
des Bundeskanzleramtes**

55. Abgeordnete
**Britta
Haßelmann**
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
- In welchem Umfang und in welchem Zeitraum hat der Bundesnachrichtendienst Kommunikationsdaten deutscher Staatsbürger an die National Security Agency (NSA) weitergegeben?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft
und Energie**

56. Abgeordneter
**Dr. André
Hahn**
(DIE LINKE.)
- Welche Ziele verfolgt die Bundesregierung beim von 2009 bis 2017 laufenden Projekt „Förderung des grenzüberschreitenden Tourismus an der mittleren und unteren Donauregion über das Donaukompetenzzentrum“ (DCC – Danube Competence Center), und welche diesbezüglichen Aktivitäten und Zwischenergebnisse gibt es seitens des Bundes bzw. der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH (bitte die einzelnen Maßnahmen und die dafür vom Bund bereitgestellten Mittel nennen)?
57. Abgeordneter
**Dr. André
Hahn**
(DIE LINKE.)
- Welche Rolle spielen bei diesem Projekt Fragen der Barrierefreiheit, und welche Behindertenorganisationen sind nach Kenntnis der Bundesregierung durch die deutsche Seite sowie die anderen beteiligten Staaten an diesem Projekt beteiligt?
58. Abgeordneter
**Hubertus
Zdebel**
(DIE LINKE.)
- Sieht die Bundesregierung angesichts der jüngst durch das Epidemiologische Krebsregister Niedersachsen veröffentlichten Studie (www.krebsregister-niedersachsen.de/dateien/aktuellesnews/pdf/EKN_Bericht_SG%20Bothel_2014_09_11.pdf) einen möglichen Zusammenhang zwischen Aktivitäten der Gasindustrie und zunehmenden Krebsneuerkrankungen in Regionen, in denen seit Jahrzehnten Erdgas gefördert wird?

59. Abgeordneter
Hubertus Zdebel
(DIE LINKE.)
Sieht die Bundesregierung die Notwendigkeit, weitere Ergebnisse der Ursachenerkundung von erhöhten Leukämie- und Lymphomwerten in Gasförderregionen abzuwarten, bevor sie durch gesetzliche Neuregelung einen Rechtsrahmen für den Einsatz der umstrittenen Gasfördermethode Fracking in Deutschland schaffen will?
60. Abgeordnete
Dr. Julia Verlinden
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Was hat die Bundesregierung unternommen bzw. was wird sie unternehmen, um sicherzustellen, dass die EU-Ziele für erneuerbare Energien und Energieeffizienz in den Beschlüssen für einen Energie- und Klimarahmen für 2030 verbindlich beschlossen werden und keine niedrigeren Ziele als die von ihr angestrebten 30 Prozent vereinbart werden?
61. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Maßnahmen werden von der Bundesregierung in Erwägung gezogen, um – gemäß den Eckpunkten des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit – einen Entwicklungspfad des konventionellen Kraftwerkparcs zu erreichen, der mit den klimapolitischen Zielen der Bundesregierung in Einklang steht?
62. Abgeordneter
Oliver Krischer
(BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)
Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus der Strompreisstudie im Auftrag der Europäischen Kommission, die eine Zweiteilung des deutschen Elektrizitätsmarktes in eine nördliche und eine südliche Preiszone untersucht (siehe u. a. SPIEGEL ONLINE „Zweigeteilter Energiemarkt: Süddeutschen drohen höhere Strompreise“ vom 5. Oktober 2014), und welche Auswirkungen hätte dahingehend der Wegfall des Baus der beiden Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungstrassen (HGÜ) Korridor C und Korridor D, denen der bayerische Ministerpräsident Horst Seehofer jüngst eine Absage erteilte (siehe u. a. FOCUS Online „Kehrtwende beim Netzausbau: Seehofer will gar keine neue Stromtrassen mehr“ vom 3. Oktober 2014)?